

# US-Wahlen

## Die Favoritin der Wirtschaft

**D**er Kampf ums Weisse Haus ist (wieder einmal) zu einer wilden Schlamm Schlacht verkommen. Die zwei unbeliebtesten, am wenigsten vertrauenswürdigen Kandidaten in der Geschichte der US-Präsidentenwahlen stehen sich gegenüber. Und statt einer politischen Diskussion um Steuern, Investitionen, Sozialpolitik und Aussenpolitik beherrschen das Sexualverhalten des einen und das E-Mail-Verhalten der anderen die Schlagzeilen.

Donald Trump und Hillary Clinton als Auswahl für die Wählenden: Das ist sicher kein Höhepunkt der Demokratie. Und trotzdem: Eine dieser beiden umstrittenen Persönlichkeiten wird in einer Woche in das mächtigste Amt der demokratischen Welt gewählt.

### Es steht kein klassischer Republikaner zur Wahl

Traditionell bevorzugt die Wirtschaft den Kandidaten der republikanischen Partei mit ihrem Programm von freier Marktwirtschaft, Unternehmertum, beschränktem Staatseinfluss, vernünftigen Steuern, wirtschaftsfreundlicher Einwanderungspolitik und Förderung der Innovation durch günstige Rahmenbedingungen.

Das Problem bei der diesjährigen Wahl: Es steht kein klassischer Republikaner zur Wahl. Der Elefant ist das Symbol der Republikaner, Trump ist aber ein Rhinoceros. Ein RINO, also ein «Republican In Name Only». Viele seiner Programme sind das pure Gegenteil des republikanischen Programms. Protektionismus und Ausländerfeindlichkeit stehen zuoberst in Trumps Weltbild. Viele seiner Programme sind



**Martin Naville**  
Chef  
Swiss-American  
Chamber of Commerce

«Donald Trump ist ein Rhinoceros. Ein <RINO> – ein <Republican In Name Only.>»

ökonomisch «eierlegende Wollmilchsäue», also inkohärente Wunschprogramme. So will Trump zum Beispiel die Steuern für Firmen und Privatpersonen massiv senken, die Investitionen in Infrastrukturen, Armee und vieles anderes massiv erhöhen und gleichzeitig die Staatsschulden von mehr als 18 000 Milliarden Dollar in den nächsten acht Jahren auf null reduzieren.

Verständlicherweise konnte noch kein Ökonom dieses Programm auch nur annähernd konkretisieren. Diese und ähnliche Forderungen bringen grosse Unsicherheiten für Unternehmen – und fehlende Planbarkeit ist das Schlimmste für Unternehmen und deren Investitionspläne. Die deutlichsten Zeichen dieser unbedachten Pläne sind Trumps Vorschläge zur Zukunft des internationalen Handels. Er verspricht die Einführung von prohibitiven Zöllen für Waren aus Mexiko und aus China, will Handelsverträge wie Nafta neu verhandeln, die USA aus der WTO rausführen und die geplanten transatlantischen und transpazifischen Verträge versenken. All diese Massnahmen würden sofortige Vergeltungsmassnahmen herbeiführen und den Welthandel massiv schädigen. Und die grosse Sorge: All diese Massnahmen könnte ein Präsident Trump alleine fällen und durchsetzen, ohne Möglichkeiten für den US-Kongress, ihn dabei zu stoppen!

Wie das berühmte, parteilose Forschungsinstitut Peterson Institute for International Economics im September 2016 publiziert hat, geben verschiedene Gesetze wie der Nafta Implementation Act aus dem Jahr 1993 oder der Trade Expansion Act aus dem Jahr 1962 dem US-Präsidenten in diesen Bereichen weitreichende Vollmachten. Schon nur die Möglich-

keit, dass ein Präsident unilateral solche Massnahmen ergreifen könnte, brächte die Weltwirtschaft in eine schwierige Lage.

### Clinton möchte in den internationalen Handel investieren

Im Gegensatz dazu repräsentiert Hillary Clinton eine weitgehend stabile Weiterführung der Politik von Barack Obama, wenn auch mit einem Linksdrall. Die von Clinton angestrebten Änderungen wie die Erhöhung des Mindestlohnes von 7,50 auf 12 Dollar pro Stunde, der Ausbau des Gesundheitsprogramms Obamacare oder die Erhöhung der Steuern auf sehr hohe Löhne bedingt die Zustimmung des Kongresses, das wohl zumindest im Repräsentantenhaus republikanisch bleiben wird. Eine Blockade ist darum wahrscheinlicher als grosse Abenteuer. Clinton möchte auch weiter in den internationalen Handel investieren.

Moody's sagt mit Clintons Programm eine Reduktion der Staatsschulden um 745 Milliarden Dollar bis 2026 voraus und das Conference Board sieht ein Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent vor. Und erinnern wir uns: In den acht Jahren Obama hat die Schweizer Wirtschaft die Exporte um 55 Prozent und 9,7 Milliarden Franken erhöht! Wir haben also grosses Interesse an der Weiterführung der Obama-Politik.

Hätte mir vor einem Jahr jemand vorausgesagt, ich werde im November 2016 eine Pro-Hillary-Position beziehen und öffentlich darüber schreiben, ich hätte ihn ausgelacht. Aber diese Wahlen sind ausserordentlich. Und mangels «echtem» Republikaner muss die Wahl wohl oder übel auf Kontinuität und Planbarkeit fallen – wenn auch ohne grosse Begeisterung.

## Gesundheitspolitik Teurer Kampf gegen Polio

**A**uch wenn wir wissen, wie man die Kinderlähmung (Polio) ausrotten kann, haben wir die Aufgabe noch nicht zu Ende gebracht. Die anhaltende internationale Polio-Notlage gefährdet den Erfolg der Globalen Initiative zur Ausrottung von Polio (GPEI), in welche die Welt seit ihrem Start 1988 rund 15 Milliarden Dollar investiert hat, und bedroht die Weltgesundheit im Allgemeinen.

Die Bemühungen zur Unterbrechung der Übertragungskette des Poliovirus könnten ihr aktuelles Zieldatum verfehlen – nicht zum ersten Mal. Bis zum ursprünglichen Zieldatum im Jahr 2000 hatten sich die Polio-Fälle um mehr als 99 Prozent verringert. Seitdem jedoch hält sich die Infektionszahl hartnäckig, und zwar überwiegend in abgelegenen, armen Regionen und in Konfliktgebieten. Die Bemühungen, diese verbleibenden Fälle anzugehen, sind schwierig.

### Polio auszurotten ist teuer, den Kampf aufzugeben unbezahlbar

Sicherlich hat es gewisse Erfolge gegeben. Zum Beispiel in Indien, dem 2014 die Poliofreiheit bescheinigt wurde. Und in Nigeria, das die Übertragungskette im selben Jahr unterbrach. Doch es gab auch Rückschläge: 2016 gab es in



«Die Welt verlässt sich auf die Grosszügigkeit von Bill Gates.»

**Ilona Kickbusch**, Graduate Institute of International and Development Studies, Genf

Nigeria zwei neue Fälle bei Kindern aus einer Gegend, die aus der Gewalt der militanten Gruppe Boko Haram befreit worden war. Die beiden anderen Länder, in denen Polio endemisch ist, Afghanistan und Pakistan, haben ihr Ausrottungsziel 2015 verfehlt und mussten ein weiteres Jahr hinausschieben, was mit Kosten von 1,5 Milliarden Dollar verbunden ist.

Polio auszurotten ist teuer, doch es würde Milliarden mehr kosten, die Krankheit auf ewig weiter zu bekämpfen. Politiker und Entscheidungsträger sollten sich daran erinnern, dass eine poliofreie Welt ein globales öffentliches Gut wäre.

Ebenfalls wichtig ist jedoch, dafür zu sorgen, dass wertvolle Kapazitäten und Verfahren, die die GPEI im Laufe der Zeit angesammelt hat, nicht verschleudert werden, wenn Polio nicht mehr auftritt. Hierzu gehören Kühlketten, mit

denen Impfstoffe während des Transports von den Fabriken zu den Patienten geschützt werden, etablierte Impftage und ausgehandelte Tage der Waffenruhe in Konfliktzonen, an denen geimpft werden kann, geschulte medizinische Fachkräfte sowie Systeme zur Überwachung, zur Durchführung von Laboranalysen und zur schnellen Reaktion.

Diese Dinge haben ihren Wert bei der Bekämpfung anderer Krankheiten gezeigt: Nigeria etwa war in der Lage, aufgrund seines effizienten Systems zur Überwachung von Polio die Verbreitung von Ebola während des Ausbruchs in Westafrika zu stoppen.

Viele Länder werden nur in der Lage sein, die Kapazitäten der GPEI in ihre Gesundheitssysteme zu überführen, wenn sie dabei finanzielle, logistische und politische Unterstützung erhalten. Die Massnahmen würden nicht nur die Si-

cherheit und Belastbarkeit der globalen Gesundheitssysteme für den nächsten Ausbruch stärken, sondern uns auch helfen, das im Rahmen der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen verfolgte Ziel eines universellen Krankenversicherungsschutzes zu erreichen.

### Viele Staaten machen zu wenig im Kampf gegen Kinderlähmung

Im Kampf gegen Polio stützt sich die Welt überwiegend auf die Grosszügigkeit der USA, von Rotary International, der Bill & Melinda Gates Stiftung und europäischer Länder wie Deutschland, Norwegen und Grossbritannien. Andere europäische Länder und die Europäische Kommission sollten mehr tun, um einen Beitrag zu leisten. Während die Mitgliedsstaaten der G7 ihr Bekenntnis zur Ausrottung von Polio auf einem Gipfeltreffen in diesem Jahr in Japan bekräftigten, blieb das Thema beim späteren G20-Gipfel in China, auf dem zwei Drittel der Weltbevölkerung vertreten waren, unerwähnt.

Das ist zu wenig. Nach jahrelangen Anstrengungen ist klar, dass nur ein starkes, konsequentes, weltweites Bekenntnis zur vollständigen Ausrottung der Krankheit die Polio-Notlage beenden kann.

## DIALOG



**HZ Nr. 43** 27.10.2016  
«Integrationsprojekte»  
In der Nummer 42 berichtete die «Handelszeitung» über unser Integrationsprojekt Copilot der Caritas Zürich. Neben dem Bild von Diana, die von Caritas Zürich begleitet wird, steht: «Schülerin Diana: Schützenhilfe von der Wirtschaft.» Diese Information stimmt nicht. Denn obwohl auch die Wirtschaft letztlich von gut integrierten und ausgebildeten jungen Menschen profitiert, wird

das Projekt von Caritas Zürich zwar von Privatspendern und -spenderinnen, Stiftungen, dem Bund und von der Kirche unterstützt – aber leider mit keinem Franken von der Wirtschaft. Ob das Wissen um solche Angebote fehlt oder das Bewusstsein, dass auch die Wirtschaft von einer gelungenen Integration profitiert? Wir wissen es nicht. Etwas Schützenhilfe von der Wirtschaft würde uns natürlich sehr freuen – und am Ende würden alle davon profitieren.  
Max Elmiger  
Direktor Caritas Zürich



**HZ Nr. 43** 27.10.2016  
«Special Marketing»  
Marketing im Wandel – und der jüngste Experte ist 47 Jahre alt? Seid ihr sicher @Handelszeitung?  
Claudio Gisler  
@claudiogisler

**HZ Nr. 43** 27.10.2016  
«Innovationswettbewerb»  
Wer ist am innovativsten: @uber\_schweiz vs @coop\_ch vs @sbbnews siehe@Handelszeitung  
Martin Angehrn  
@martinangehrn

**HZ Nr. 43** 27.10.2016  
«Die SBB wagt den Schritt in die Welt der Bitcoins»  
SBB-Kunden können an Ticketautomaten bald auch #Bitcoin kaufen: via @Handelszeitung #Digitalisierung #fintech  
Michael Kemme  
@MichaelKemme

Die #sbb investiert in die #digital Währung. Billettomat wird zum Wechselbub #bitcoin @Handelszeitung  
Andy Baldauf  
@AndyBaldauf



**HZ Nr. 43** 27.10.2016  
«Debatte um den Atomausstieg»  
SVP, FDP und CVP behaupten, bei einer Annahme der Initiative für einen geordneten Atomausstieg sei die Versorgungssicherheit gefährdet. Dies widerspricht den Erfahrungen, die wir beispielsweise vorletztes Jahr gemacht haben, als sämtliche Schweizer Kernkraftwerke zeitweise miteinander ausser Betrieb waren und keinen Strom lieferten. Nicht einmal der

Strompreis an der europäischen Strombörse in Leipzig stieg. Beznau 1 ist jetzt schon das älteste Kernkraftwerk der Welt und ausser Betrieb und es ist fraglich, ob es jemals wieder laufen wird. Leibstadt ist gegenwärtig ebenfalls vom Netz. Damit sinkt sogar die Versorgungssicherheit, solange wir Kernkraftwerke haben, weil sie je länger, je mehr Revisionsarbeiten benötigen und damit unplanbar heruntergefahren werden müssen, ohne dass man wüsste, für wie lange.  
Christoph Meyer

### Schreiben Sie uns

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle:  
@ **E-Mail:** redaktion@handelszeitung.ch  
Twitter: twitter.com/handelszeitung  
Facebook: facebook.com/handelszeitung  
Online: Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel